

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3607, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3608—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postfach 1000, Berlin 600, Westfälisch 1 Mark, Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellsfeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: 1 mm 15 Pfennig, 5 mm 75 Pfennig, 10 mm 1.50 Pfennig, 20 mm 3.00 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [unwärts 20 H.] · Nr 231 · A 118

DIENSTAG, 19. MAI 1931

MORGEN-AUSGABE · V

Briands Rücktritt endgültig

Laval, Tardieu, Jouvenel Kandidaten für die Nachfolge

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
PARIS, 18. MAI

Die stiefisch geübte Erwartung, daß Briand sich doch noch bestimmen lassen werde, bis zum Schluß der Tagung in Genf zu bleiben, hat sich als irrig erwiesen. Wie nunmehr feststeht, wird Briand unmittelbar nach Beendigung der Aussprache über das deutsch-österreichische Zollabkommen im Rat und im Europaratium Genf verlassen. Auch von einer Zurücknahme seiner Demission ist keine Rede mehr. Bis zum Antreten des neuen Präsidenten der Republik, dem verfassungsgemäß das gesamte Kabinett seine Demission zur Verfügung zu stellen hat, wird das Außenministerium von dem Ministerpräsidenten Laval interimistisch verwaltet werden. An Stelle Briands übernimmt Francois Poncet die Leitung der französischen Delegation in Genf.

Was nach dem 13. Juni geschehen wird, steht noch nicht fest. In gewissen Kreisen wird davon die Absicht einer gründlichen Umbildung seines Kabinetts angedeutet, und zwar mit der Tendenz einer Erweiterung des parlamentarischen Rechts nach links. Tatsächlich hat nach der Spaltung eines Teils der radikalsten Fraktion und ihrer Führer ja Verfall des Gebandes der republikanischen Konzentration, das heißt, einer Konzentration sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen die Sozialisten, aufreißt wieder haart an Boden gewonnen. Die Frage ist nur, ob das Gros der bürgerlichen Parteien und Parlament auf diesem Wege folgen wird. Die scharfe Kritik, die ihre Anbiederungswürde an die Rechte im eigenen Lager gefunden haben, spricht nicht gerade dafür. Auch als Außenminister kommt Briand kaum mehr in Frage. Als Kandidat für den Quai d'Orsay wird neben Laval und Tardieu neuerdings auch der Senator Henry de Jouvenel genannt. Als nachgeheftigste Bildung aber gilt nach wie vor die endgültige Übernahme des Außenministeriums durch den Ministerpräsidenten selbst und die Ernennung Francois Poncets zum Staatssekretär am Quai d'Orsay.

Die Meinung mehrerer Blätter, wonach der Präsident der Republik, Doumergue, sich mit dem Gedanken trage, die Leitung der französischen Außenpolitik zu übernehmen, gehört in das Reich der Phantasie. Doumergue scheint allerdings nach dem Vorbild seiner Vorgänger bereits ernsthaft Umbau nach einem freien Spiel im Genf zu halten. Bis zu seiner offiziellen Abschiedsreise in Belgien aber, was immerhin noch einige Monate dauern wird, sind ihm die Wege in die Regierung verschlossen.

Die Ablehnung mehrerer Blätter, wonach der Präsident der Republik, Doumergue, sich mit dem Gedanken trage, die Leitung der französischen Außenpolitik zu übernehmen, gehört in das Reich der Phantasie. Doumergue scheint allerdings nach dem Vorbild seiner Vorgänger bereits ernsthaft Umbau nach einem freien Spiel im Genf zu halten. Bis zu seiner offiziellen Abschiedsreise in Belgien aber, was immerhin noch einige Monate dauern wird, sind ihm die Wege in die Regierung verschlossen.

Entscheidung im Haag

DR. PETER REINHOLD,
früherer Reichsfinanzminister.

GENF, 18. MAI

Bereits die erste Sitzung des Rates hat die Entscheidung gebracht, die seit Freitag schon so gut wie feststand. Die Saager Court wird prüfen, ob die deutsch-österreichische Zollunion in Einklang mit dem Friedensvertrag von St. Germain und dem Genfer Protokoll von 1922 steht.

Der englische Außenminister Henderson hat gleich zu Beginn der Sitzung mit verhöflichen Wendungen, die angenehm von der scharfen Tonart Briands in der Europa-Kommission von Sonnabend abhingen, den formellen Antrag gestellt, von der Saager Court ein juristisches Gutachten zu fordern mit dem Sinsinigen, daß kein österreichischer Kollege — von Deutschland war nicht die Rede, ebenso wie der Versailles Vertrag in der Resolution von Sonderborn nicht genannt ist — erklären sollte, daß Österreich bis zur Entscheidung des Rates auf Grund des Saager Gutachtens von allen weiteren Schritten in den Zollverhandlungen Abstand nehmen werde.

Die österreichische Erklärung, die Schöber sofort abgab, blieb mit der Wendung, daß das Genfer Protokoll nicht nur Österreich die Wahrung seiner Selbständigkeit auferlege, sondern auch die Völkerbundmächte zur Wahrung ihrer Selbständigkeit verpflichte, nicht ohne Einbruch. Zu dem englischen Antrag bemerzte Schöber, werde Österreich von jedem „fait accompli“ bis zur Ratenscheidung absehen.

Sonderborn gab sich mit dieser Wendung nicht zufrieden, sondern verlangte eine unabweisende Erklärung, daß Österreich von der Entscheidung des Völkerbundes nicht nur in fait accompli schafften, sondern sich hier weiterhin zu handeln zu enthalten werde. Schöber, offensichtlich durch den ihm aufstrebend etwas schmerzlichen Gedruck der englischen Sprache geemmt, war der Sachlage tatächlich nicht ganz gewachsen und stimmte der englischen Formulierung ohne Vorbehalt zu.

In dieser für Deutschland höchst nachteilig nicht ersurrenden Situation trat Dr. Curtius mit einer nach Form und Inhalt ausgezeichneten Rede hervor. Deutschland lieh mit einer Prüfung durch den Internationalen Gerichtshof vollkommen einverstanden, da es immer im deutschen Sinne gelegen habe, aufzutretende Streitigkeiten durch eine unparteiische Prüfung, entscheiden zu lassen. Wenn aber der Teile Frankreichs, eine juristische Prüfung vornehmen zu lassen, ob die geplante Zollunion im Einklang mit den Verträgen stehe, genüge geheißen sei, mißfiel auch alle Zweifel beseitigt werden, daß es nach dem Spruch im Haag nicht Sache des Völkerbundes sei, zu prüfen, ob der Entwurf der beiden Völker nach der Meinung der einzelnen Mitglieder des Völkerbundes dem Gewissen der Völker über es schuldig, Wollte man etwa auch dann noch Schwierigkeiten machen, so würde das die Herabwürdigung Deutschlands und Österreichs zu Staaten minderen Rechts bedeuten und unerträglich sein. Diese Formulierung, bestimmt in der Form nach unmissverständlich in der Sache, war nötig, weil, rein formell betrachtet, nach der Entscheidung des Saag noch ein endgültiger Beschluß des Völkerbundes erforderlich ist. Deutschland hat anerkannt, daß es sich der Entscheidung von Saag, wie immer sie auch ausfallen mag, unterwerft. Es hat das selbstherrliche Recht zu fordern, daß mit der gleichen Vorkaufsfrist die andre Seite handelt, wenn die Saager Urteilen zu unteren Gunsten entscheiden.

So lieh die Entscheidung von Genf nach dem Saag vorliegt, und auf Grund der Erklärung von Schöber, die nach Lage der Dinge immer unvermeidbar war, sind die weiteren Verhandlungen zunächst gerichtet, bis der Völkerbund gesprochen hat. Wir haben im Tempo nachgegeben, in der Sache selbst uns dem Spruch eines Oremiums unterworfen, auf dessen unparteiische Entscheidung wir vertrauen können.

Unser bringendes Interesse ist jetzt, daß die erzwungene Pause so kurz wie möglich ist, und daß eine Entscheidung, die den Weg frei macht für neue Entschlüsse, so schnell wie möglich fällt. Wie bei jedem Rechtsstreit, ist auch in diesem Falle niemand imstande, das Ergebnis mit voller Sicherheit vorherzusagen. Was wir für uns in Anspruch nehmen, ist der

150 Millionen für Oesterreich

Für die Sanierung der Credit-Anstalt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
GENF, 18. MAI

Das österreichische Kontrollkomitee hat heute nachmittag die Zustimmung zu der Ausgabe von 150 Millionen Schillingen durch die österreichische Regierung beschlossen. So hat sich die Regierung nunmehr um die Platzierung der Schillinganleihe bemüht. Zu diesem Zweck reist der Direktor der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Weiss, heute abend zurück nach Wien, um dort mit der Internationalen Zahlungsbank darüber zu verhandeln.

Die Berichte, daß sich Frankreich, die Tschechoslowakei usw. aus politischen Gründen bereits diese Anleihe geheißen hätten, sind, wie uns berichtet wird, unbegründet.

Die Nachmittagsung der Europa-Kommission des Völkerbundes begann mit dem viel einleitenden Rede des sowjetrussischen Delegierten Litwinow. Er bemängelte sich um

den Nachweis, daß viele Rohstoffpreise und die Preise gewisser Produkte in anderen Ländern ebenso stark gefallen seien wie in Sowjetrußland. Warum also nenne man bei Sowjetrußland „Dumping“, was anderswo natürliche Ursachen habe? Litwinow wies auf die Tatsache hin, daß die Preise in den meisten Ländern, ausser in Sowjetrußland, durch die Schaffung eines geistigen Europas günstig umgekehrt sind und nur die weitere Zerstückelung Europas zur Folge haben würde. Auch die von Frankreich vorgeschlagene Kartellierungspolitik würde nur die Macht der Monopole festigen.

Am Schluß kündigte Litwinow an, daß er den Abschluß eines Protokolls vorzuschlagen beabsichtige, das eine Art von wirtschaftlichem Nichtangriffspakt enthalten solle.

Nach Litwinow sprachen noch die Außenminister Belgiens, Schwedens, der Niederlande und Hollands. Die Fortsetzung der Debatte über die europäische Wirtschaftskrise wurde dann auf morgen nachmittag 4 Uhr vertagt.

Von Protestkundgebungen kann die Bevölkerung nur dank umfangreichen Polizeiaufgebotes abgehalten werden.

Der Aufstand in Bologna hatte heute ein Nachspiel in Mailand. Der Opernhäuser, der Scala, wo Toscanini bis heute ein Jahr lang seinen Posten bekleidet hat, wurde durch bekannte Anführer der Briganten aus dem Saal und das zweite Sinfonienkonzert der Frühjahrsfestspiele fast. Nachdem die Polizei jede Strafandrohung für Toscanini verweigert hat, befristete sie bei jeder Gelegenheit eine Fuldigung der unzufriedenen Besucher des Meisterkonzertes.

Das Theater wurde daher scharf bewacht und zahllose Geheimpolitiken unter das Publikum verteilt. Besonders auf den billigen Gallerieplätzen hatten zahlreiche Detektive und Carabinieri Platz genommen, die vernehmlich laut Wellungen erließen, sofort jede Fuldigung für Toscanini zu unterbinden. Der Saal blieb während der ganzen Vorstellung fast beleuchtet, um die Urheber einer Symphonieandacht sofort ertappen zu können.

Nach Johannes Brahms erster Sinfonie in Do Minor (c-moll) wollte der Beifall sein Ende nehmen und begann immer von neuem, bis plötzlich aus einem Saalen Studenten der Stiephens der Ruf: *Giugno Toscanini* erhob sich und langsamhaltend, verklärtem Gesicht den ganzen Saal besüßte wieder. Sofort blühten sich von allen Seiten die Geheimpolitiken auf den Ruf und nahmen ihn sowie mehrere andere junge Leute in seine Arme und führten sie durch einen Notausgang ab.

Toscanini unter Polizeibewachung

Eine Demonstration in der Scala

MAILAND, 18. MAI

Vor dem Hauptingang des Opernhäuses, in dem der jetzt lebende Toscanini wohnt, hatten nicht weniger als 18 Kriminalbeamte mit dem Vizepräsidenten der Mailänder Polizei an der Spitze nebst vier uniformierten Carabinieri mit einem Offizier Waage. Der Abeneigung des Hauses wird von fünf Geheimpolitiken bewacht und ebenso sind in den Zugangstüren Posten aufgestellt.

Von allen Besuchern des Kapellmeisters werden von der Polizei genaue Personalien aufgenommen, was natürlich viele Freunde einschüßert und von weiteren Besuchern abhält. Heute nachmittag hat sich der bekannte Komponist Umberto Giordano, der Autor von „Nurse Chenier“, Mitglied der Akademie von Italien, zu Toscanini begeben.

In der Umgebung des Hauses stehen sich Haufen von Heugieren, die aufgeführt werden, anstandslos abgeführt. In Toscanini in Mailand rühmliche Verehrung genügt und bereits hochgeachtet ist, daß ihm der Post entzogen wurde, ist die Enttäuschung über die Behandlung des Meisterkonzertes im Volk allgemein.